Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

38. Jahrgang.

№ 278. | Erscheint jeden Wochentag Abends ½7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf. | Dienstag, den 1. Dezember. | Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. | 1885.

Tagesschau.

Freiberg, den 30. November.

Im **deutschen** Reichstage wurde am Sonnabend folgende Interpellation der ultramontanen Abg. Reichensperger und Rintelen verlesen: „Die Berichtigung, welche der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Staatssekretär, Staatsminister von Bötticher, der Zeitung „Germania“ unterm 3. November l. J. zugesandt hat, giebt in Verbindung mit den Verhandlungen der jüngsten Missionskonferenz zu Bremen dringende Veranlassung, an den hohen Bundesrath eventuell an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob beschlossen oder beabsichtigt sei, 1. jede Missionsthätigkeit von Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der mit demselben „verwandten“ Orden in den deutschen Schutzgebieten als gesetzlich verboten zu behandeln oder auf dem Verwaltungswege zu verbieten; 2. die Thätigkeit katholischer Missionen überhaupt in jenen Schutzgebieten auszuschließen oder zu beschränken?“ Da sich der im Reichstage erschienene Reichskanzler Fürst Bismarck zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärte, nahm Abg. Reichensperger das Wort zur Motivirung derselben. Er entwickelte die Vorgänge, welche zur Stellung der Interpellation geführt hatten, berührte die Versagung der Audienz, welche die beiden Patres im Auswärtigen Amte nachgesucht hatten, und suchte im Uebrigen den Nachweis zu führen, daß die Nichtzulassung der katholischen Missionen in den Schutzgebieten durch nichts begründet sei. Das Jesuitengesetz habe für die Schutzgebiete keine Geltung, denn auch der Regierungs-Kommissär von Kusserow habe in der Budgetkommission den Art. 6 der Kongoakte zitirt, nach welchem die Freiheit aller Kulte gewährleistet sei. Daß dieser Artikel verletzt wurde, habe den bisher bei den Katholiken vorhandenen Sympathien für die Kolonialbewegung einen schweren Stoß versetzt. Andere Staaten sehen einen Vortheil in der Niederlassung christlicher Missionäre. Wenn man das Jesuitengesetz einfach auf die Kolonien übertragen wolle, dann könnte man ebenso gut auch das Sozialistengesetz übertragen, an dieser abenteuerlichen Perspektive sei das Verfehlte des Vorgehens der Regierung klar ersichtlich. Der Einwand, daß man durch Zulassung der Missionen beider Konfessionen die armen Wilden verwirre, sei ebenfalls unzutreffend.

Fürst Bismarck antwortete auf Nr. 1 der Interpellation einfach mit Ja. Daß deutsche Kolonien „Ausland“ seien, wie der Vorredner meine, könne das Raisonnement der Jesuiten sein, nicht das eines deutschen Ministers. Von der Reichsexekutive könne man doch nicht annehmen, daß sie im Auslande einem Reichsgesetze zuwiderhandele. Die Gefahr für das Reich liege nicht in dem Katholizismus jener Missionen, sondern in deren internationalem Charakter. Deutschland habe keinen Ueberschuß an Nationalgefühl; die Revanche-Artikel in den französischen Blättern seien von deutschen Renegaten geschrieben; ähnlich seien Diejenigen, die sich als enragirte Polen aufspielen, meist Deutsche. Auf die zweite Frage antworte er dagegen mit einem entschiedenen Nein; denn einem anderen Vorgehen würden die katholischen Könige von Baiern und Sachsen niemals zugestimmt haben. Der Redner ging nunmehr auf die Entstehung der vorliegenden Frage näher ein. Wenn auch das Sozialistengesetz nicht einfach übertragen werden solle, im Sinne desselben soll gewiß dort verfahren werden, sobald es die unter den weißen oder schwarzen Arbeitern herrschenden oder entstehenden Tendenzen nöthig machen sollten. Selbst wenn das Jesuitengesetz nicht existirte, würde er es für angemessen halten, französische Jesuiten dort nicht zuzulassen. Die ganze Frage sei keine konfessionelle, sondern eine internationale. In den Herren Weik und Stoffel sei besonders ihr Charakter als Franzosen bedenklich. In Kissingen habe er erst ein Schreiben des Paters Weik, dann einen Bericht des Gouverneurs von Kamerun erhalten, der sich zwar sehr günstig über diesen Herrn aussprach, aber schon unter dem Rubrum „Einrichtung einer französischen Missions-Gesellschaft.“ Am 8. August sandte das auswärtige Amt eine Anfrage an das Kultusministerium über den Charakter der „Gesellschaft vom heiligen Geist“ und erhielt die Antwort, sie sei begründet von dem bekehrten Sohn eines Rabbiners und besonders Elsässer und Lothringer — also Revanchepolitiker — seien ihre Mitglieder. Die Sache wurde also ohne Voreingenommenheit geprüft. „Deutschland“, so fuhr der Kanzler fort, „wird immer noch zu sehr von Franzosen aller Parteien bedroht, das beweisen die Vorfälle in Spanien. Wir müssen mit den Verhältnissen rechnen, deshalb ist auch in den Kolonien große Vorsicht geboten. Bei einem Konflikt in denselben würden wahrscheinlich jene Missionäre sich mit ihrem ganzen Einfluß auf Seiten der Franzosen stellen. Auch Frankreich läßt in seinen Kolonien nur französische Missionäre zu. England findet es ganz natürlich, aus den jetzt von uns besetzten Kolonien seine Missionäre zurückzuziehen. Ebensowenig werden die Franzosen englische Baptisten-Missionäre aufzunehmen bereit sein. Für die zu Bekehrenden ist es nicht vortheilhaft, wenn bei den Missionen mehr als eine Konfession vertreten ist, dann kommt es leicht zu einer Konkurrenz der einzelnen Religionen, die keiner von beiden dienlich ist.“ Der Redner verlas darauf ein Aktenstück, wonach die Regierung zu einer Konferenz der Missionsgesellschaften auf Wunsch derselben einen Vertreter gesandt habe, und schloß dann mit folgenden Worten: „Ich möchte empfehlen, überlassen Sie die Protektorrolle der katholischen Kirche doch mehr den Bundesfürsten katholischer Konfession. Sind Sie in Sorge, daß der Kulturkampf einschlafen könnte, so warten Sie doch lieber den Moment ab, der günstiger zum Vorgehen ist, als dieser von der „Germania“ erzeugte Zwischenfall.“ Auf Antrag des Abg. Windthorst beschloß der Reichstag die Besprechung der Interpellation. Abg. Windthorst sagte: „Wenn der Reichskanzler von der „Germania“ spricht, so freut mich das — wenn er die Redaktion tadelt, so bemerke ich, daß sie besser ist, als die der „Nordd. Allg. Ztg.“ (Heiterkeit im Zentrum), ich bedauere nur, daß sie mitunter in den Ton der „Nordd. Allg. Ztg.“ verfällt (große Heiterkeit), sie hat vom Meister gelernt. — Der Hinweis auf die Sachsen und Baiern war wohl nur Ironie — ich überlasse die Vertretung unserer Interessen lieber schon ihm, als den katholischen Bundesrathsmitgliedern. (Große Heiterkeit.) Der verehrte Herr hat immer noch Reminiszenzen an sein Gerechtigkeitsgefühl. Bei der Kongoakte zeigte er sich als Diplomat großen Stils — anders heute. Daß die beiden Missionäre Franzosen sind, ist noch nicht bewiesen; wenn sie französisch schreiben, so will das nichts besagen, das thun unsere deutschen Diplomaten auch, ohne Franzosen zu sein. (Unruhe.) Die Rede des Reichskanzlers lief darauf hinaus: nur evangelische Missionen! Ich schätze auch die evangelische Mission, aber ihre Erfolge sind gering, es fehlt ihr das genügende Personenmaterial.“ Der Redner hob dann hervor, daß Frankreich seine Kolonialerfolge den Jesuitenmissionen verdanke; dasselbe gelte für England, bezüglich Indiens. Nach Artikel 6 der Kongoakte werde freie Religionsübung und freie Thätigkeit aller Missionäre in den afrikanischen Gebieten gewährleistet. Alle gegen die Jesuiten gerichteten Vorwürfe seien ungerecht; der Reichskanzler werde dieselben schließlich gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokraten zurückrufen müssen. Seine (des Redners) Partei sei der Kolonialpolitik durchaus nicht feindlich gewesen, er selbst habe seiner Zeit nur vor zu raschen Schritten gewarnt.

Fürst Bismarck antwortete: „Es handle sich um die Frage, ob man in den deutschen Schutzgebieten katholisch-jesuitische Missionsschulen zulassen solle; der Abg. Windthorst habe dies übergangen. Die Kolonialpolitik anlangend, sei für dieselbe weder die Autorität Windthorst's noch diejenige Virchow's allein maßgebend. Die Jesuiten werde Deutschland sich nie zurückwünschen. Alle Anführungen Windthorst's über die Jesuiten müsse er bestreiten. Vorläufig seien dieselben lediglich eine Verbindung geschickter Leute zum Zwecke der Weltherrschaft. Hinsichtlich seiner Aeußerung über die Reichsfeinde verweise er auf die Welfen und Polen; das seien doch keine Reichsfreunde; jeder Mißerfolg des Reiches werde hier bemängelt. Er erinnere ferner an die bei den Schwierigkeiten mit Spanien, Frankreich ꝛc. von der ultramontanen Presse eingenommene Haltung. Seine Stellung bei der Kongo-Konferenz sei eine andere gewesen als den deutschen Schutzgebieten gegenüber; bei jener habe es sich um ganz unbestimmte Gebiete, in letzteren um Schutzgebiete gehandelt, auf welche die deutschen Gesetze anwendbar seien. Er habe stets das Prinzip vertreten: keine Kolonien im französischen Sinne mit Garnisonen und dergleichen einzurichten, sondern nur die Interessen der Kaufleute zu schützen. Gegen die von dem Abg. Windthorst den verbündeten Regierungen vorgeworfene Einseitigkeit müsse er sich nochmals entschieden verwahren; durchaus nicht alle Orden seien aus Deutschland vertrieben, sondern nur solche, welche die internationalen kirchlichen Rücksichten über die nationalen Interessen stellten und das Deutsche Reich bekämpfen.

Abg. Windthorst deduzirt hierauf aus den Ausführungen des Reichskanzlers, daß außer der evangelischen Mission alle Konfessionen ausgeschlossen seien, denn man wolle nur in Deutschland Geborene und Erzogene zulassen, und letzteres sei unmöglich geworden durch die Maigesetze, welche die Orden so gut wie abgeschafft haben. „Wir gehen mit den Freisinnigen,“ fuhr der Redner fort, „weil diese uns am ehesten helfen im Kulturkampfe. Das Zentrum geht seinen Weg unbeirrt weiter, der Appell des Kanzlers an die Wähler ist fruchtlos, der Thurm steht und wird stehen. So lange es einen Nationalliberalen giebt, giebt es auch ein Zentrum. (Heiterkeit.) Ich bin in keinem Punkte weniger deutsch, als der Reichskanzler. Unsere Anschauungen sind verschieden, der verehrte Herr hat mehr Erfolge, weil er mehr Soldaten und mehr Geld hat — ich habe weniger Erfolge, denn ich habe keine Soldaten und gar kein Geld! (Stürmische Heiterkeit.) Wäre nicht endlich Zeit, uns wiederzugeben, was die Könige Preußens uns gewährt und was die Aera Bismarck uns geraubt. Wir wollen abwarten, ob die Politik Friedrich Wilhelm's IV. wirklich schlechter war, als die Politik Bismarck's. (Unruhe rechts. Ruf: Von Olmütz nach Sedan!) Das Vaterland ist groß genug, um Allen Duldung zu geben. Die deutsche Nation wird die Freiheit sich nicht rauben lassen.“ (Beifall im Zentrum.)

Fürst Bismarck erklärte, es sei unwahr, daß nur die evangelische Konfession zugelassen werde in den Schutzgebieten, die katholische sei ebenso berechtigt. Der Vorredner habe gemeint, die Katholiken müßten auf die französischen Jesuiten zurückgreifen; das laufe doch auch auf nichts Anderes hinaus, als die Jesuiten wieder nach Deutschland zurückzurufen. Es gebe aber doch noch genug katholische Kräfte in Deutschland, welche besser thäten, im Missionsdienste zu wirken, als sich immer gegen die Regierung zu erheben. Man möge die Mitarbeiter der „Germania“ nach Kamerun schicken (Stürmische Heiterkeit); wenn die Katholiken den Frieden wollen, möchten sie nicht immer den Reichstag und den Landtag mit der Kulturkampfdebatte beginnen. Er sei in Vielem versöhnend entgegengekommen, aber er habe gefunden, daß es nie möglich sein werde, das Zentrum zufriedenzustellen, wenn man nicht direkt die Einheit des Reiches gefährden wolle. Lasse man die Jesuiten zu, so handle man gegen die Interessen des Landes. Die jesuitische Mission sei daher nicht zuzugestehen, wohl aber die deutsche katholische Mission, weil man von dieser deutsch-nationale Gesinnung voraussetzen könne. Wenn man französische Jesuiten zurückweise, könnten doch die deutschen Katholiken nicht schwer gekränkt werden. „Der Vorredner hat dann von der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm's IV. gesprochen und mit der Regierung Sr. Majestät des Kaisers verglichen und diese sich erlaubt, mit ihr in einen tadelnden Vergleich zu bringen. Er hat für die Regierung Sr. Majestät des Kaisers die Regierung des Fürsten Bismarck substituirt. Ja, meine Herren, das ist eine schwere Beleidigung meiner Königstreue, meiner ehrlichen Anhänglichkeit an Se. Majestät. Ich habe mich nie als etwas Anderes gefühlt, als der Diener meines Herrn zu sein. (Beifall.) Ich bin ein treuer Diener des vorigen Königs gewesen, und bin ein treuer Diener des jetzigen, und dafür zeugt doch, daß ich ungeachtet meines körperlichen Elends hier stehe und aushalte, so lange meine Knochen zusammenhalten. Aber von einer Regierung des Fürsten Bismarck zu sprechen, welche schwere Beleidigung Sr. Majestät liegt darin! (Sehr richtig!) Ich hoffe, er wird dies erkennen und sein Wort zurücknehmen.“ Abg. v. Maltzahn-Gültz wies darauf hin, daß die verbündeten Regierungen kein Versprechen betreffs der Zulassung katholischer Missionen im deutschen Schutzgebiet abgegeben hätten. Von einer engherzigen Gesinnung der evangelischen Missionäre gegenüber den katholischen sei nie etwas bekannt gewesen. Ebenso sei es im Allgemeinen bezüglich der Stellung der evangelischen gegenüber den katholischen. Sobald die Katholiken den richtigen Willen zeigten, sei der Kulturkampf zu Ende. Abg. Windthorst erwiederte, auch er sei für die Beseitigung des Kulturkampfes, derselbe werde aber seitens der Regierung geschürt. Die Katholiken seien in Wirklichkeit praktisch von der Mission ausgeschlossen, wenn auch nicht theoretisch. Wenn er von der Regierung gesprochen im Vergleich zu Friedrich Wilhelm IV., so sei das durchaus erlaubt, man könne indirekt sehr wohl von der Regierung eines Ministers sprechen. Der Bundeskommissar v. Kusserow habe seiner Zeit das bestimmte Versprechen gegeben, daß die katholische Mission in den deutschen Schutzgebieten erlaubt sein sollte. Fürst Bismarck bezeichnete die Erklärung eines Kommissärs nur dann für verbindlich, wenn er Namens der Bundesregierungen spreche, das sei in seiner Rede nicht der Fall gewesen. Seine Beschwerde über den Ausdruck „Regierung Bismarck's“ beziehe sich darauf, daß es so klang, als ob er allein der regierende Mann im Staate sei, doch sei gewiß Niemand je ein so demüthiger Diener seines Herrn gewesen, als er. Wenn man ihn einem früheren Monarchen entgegenstelle, halte er das für unwürdig. (Lebhafter Beifall rechts.) Abg. Rintelen wiederholte noch einmal die Gründe, kraft deren das Zentrum die Ausschließung der Jesuiten von der Mission für unzulässig halte. Abg. Windthorst machte die persönliche Bemerkung, er habe rein sachlich von seinem konstitutionellen Standpunkte aus gesprochen. Trotzdem aber sei von Seite des Reichskanzlers der Ausdruck „unwürdig“ gefallen, er hoffe, daß dieser Ausdruck nicht auf seine Person angewandt sei, sonst